

Ein wuchtiger Sieg für die Linke

Die Erhöhung der Kinderabzüge scheitert überraschend deutlich. Das sei ein Signal für die Steuer- und AHV-Politik, sagt die SP. In Schaffhausen gibt sich die CVP derweil selbstkritisch: Man habe sich zu wenig für die Vorlage eingesetzt.

Maja Briner und Dario Muffler

SCHAFFHAUSEN/BERN. Als die ersten Hochrechnungen kamen, konnten die SP-Politiker im Berner Kulturzentrum Progr ihr Glück kaum fassen. Es werde knapp, hatten Umfragen vorausgesagt. Und dann das: Das Stimmvolk lehnt die Erhöhung der Kinderabzüge deutlich ab, mit 63 Prozent Nein-Stimmen. Die Gegner der Vorlage, neben SP auch Grüne und GLP, hatten im Abstimmungskampf vor einer «Mogelpackung» gewarnt. Sie erhielten damit weit über ihren Wähleranteil hinaus Unterstützung; ähnlich wie bei der Unternehmenssteuerreform III im Jahr 2017. Entsprechend gross war der Jubel bei der Linken. SP-Vizepräsident Beat Jans sprach von einem «historischen Resultat». Und er rief in den Saal: «Es gibt keine Steuerreform ohne uns Linke!»

Eine herbe Niederlage ist das Resultat für die Bürgerlichen, insbesondere für die CVP: Sie hatte die Vorlage im Parlament entscheidend geprägt. Denn der Bundesrat wollte ursprünglich nur den Abzug für Drittbetreuungskosten bei den direkten Bundessteuern erhöhen. CVP-Nationalrat Philipp Kutter brachte darauf per Einzelantrag die Forderung ein, auch den allgemeinen Kinderabzug anzuheben, um Familien unabhängig ihres Betreuungsmodells zu entlasten. Dadurch wären die Steuerausfälle um 370 Millionen auf insgesamt 380 Millionen Franken gestiegen.

«Neid-Argument hat verfangen»

Im Parlament glückte dieser Coup; an der Urne jedoch nicht mehr. Kutter sprach gestern von einer verpassten Chance. «Das Neid-Argument der Gegner vermochte zu verfangen», sagte er. Die Befürworter hätten zwar die Fakten auf ihrer Seite gehabt, seien aber nicht durchgedrungen. CVP-Fraktionschefin Andrea Gmür-Schönenberger sagte: «Das polemische, falsche Argument der Linken, wonach nur die Reichsten entlastet würden, hat leider obsiegt.» Als Gründe für das Nein nannten CVP-Politiker auch das geringe Interesse an der Vorlage sowie das halbherzige Engagement der anderen bürgerlichen Parteien und des Bundesrats.

Die Schaffhauser CVP-Präsidentin Nathalie Zumstein schlägt in dieselbe Kerbe. Sie sagt gegenüber den SN: «Es ging gar nicht um die Gutverdiener, sondern um den Mittelstand, der meistens vergessen geht.» Das sei nun wieder passiert. Sie kritisiert zudem die Kampagne der Gegnerschaft, die aus Neid mit «falschen Zahlen» gearbeitet habe.



So geht es weiter

Parlamentarische Initiative Das liberale Komitee, welches das Referendum der SP unterstützt hatte, will als nächsten ersten Schritt eine parlamentarische Initiative aus der FDP durchbringen. Diese will zurück zur bundesrätlichen Vorlage, das heisst, den Abzug für von Dritten betreute Kinder von 10'100 auf bis zu 25'000 Franken anheben.

Die Berner SP-Nationalrätin Tamara Fucicello (links) und Nina Hüsser jubeln über die Abstimmungsergebnisse zu den Kinderabzügen bei den Bundessteuern. BILD KEY

Zumstein zeigte sich aber auch selbstkritisch: Die Mobilisierung sei nicht gelungen. «Wir haben uns in Schaffhausen gar nicht dafür engagiert», sagt sie. Man sei davon ausgegangen, dass dieser Abzug selbstverständlich angenommen würde.

«Steuerpolitik wird nicht goutiert»

Ganz anders lautet die Analyse auf der linken Seite. SP-Nationalrätin Jacqueline Badran konstatierte: «Seit der Unternehmenssteuerreform III haben die Bürgerlichen viel Glaubwürdigkeit in Sachen Steuerpolitik verloren.» Aus Sicht der SP ist die Ablehnung der höheren Kinderabzüge ein Fanal für die Zukunft. «Das Resultat zeigt, dass das Stimmvolk die bürgerliche Steuerpolitik nicht goutiert», sagte SP-Nationalrätin Prisca Birrer-Heimo. Und mahnt: «Eine Steuer- und AHV-Politik geht nur zusammen mit der SP.»

Aus Sicht der Linken ist das Nein ein Warnschuss, unter anderem für die anstehende AHV-Reform, bei der die Bürgerlichen zusammenspannen wollen. Auch mit der «asozialen Klientel- und Abbaupolitik» sei nun Schluss, so die SP: Projekte wie die geplante Abschaffung von Stempelsteuer und Zolltarifen könnten die Bürgerlichen gleich begraben, twitterte SP-Präsident Christian Levrat.

SP-Grossstadtrat Urs Tanner sagt derweil, dass sich die Stimmbevölkerung gegen eine «so ungerechte Verteilung von Steuergeldern in Corona-Zeiten» ausgesprochen habe. «Die Stimmbürger haben sich nicht kaufen lassen, einen kühlen Kopf bewahrt und die Vorlage abgelehnt», so Tanner.

Die Bürgerlichen sehen dafür indes keinen Anlass, den Kurs zu ändern. «Wir werden am bisherigen Weg festhalten», sagt Gmür-Schönenberger. Wegen der Coronakrise müsse man Prioritäten setzen, einen Kurswechsel aber brauche es nicht. Auch FDP-Nationalrätin Daniela Schneeberger winkt ab: Es gebe keinen Zusammenhang zu dieser Vorlage. Zudem, so betont sie, sei die bürgerliche Steuer- und Finanzpolitik die Grundlage, dank der die Schweiz insgesamt finanziell so gut da stehe und den Leidtragenden der Coronakrise umfangreich geholfen werden könne. «Unsere sorgfältige Politik braucht es umso mehr in dieser schwierigen wirtschaftlichen Situation.»

Mit dem Nein ist die Erhöhung des allgemeinen Kinderabzugs vom Tisch. Der zweite, weniger umstrittene Teil der Vorlage, könnte hingegen wieder aufleben: Ein Vorstoss zur Erhöhung der Drittbetreuungskosten ist bereits eingereicht.

In Zürich kann ein neues Fussballstadion gebaut werden

Zürich war gestern in Ja-Laune: Angenommen sind die Neuverteilung der Sozialkosten und die Änderung des Strassengesetzes. Und: Es gibt nun endlich doch ein neues Fussballstadion.

ZÜRICH. Zürich erhält doch noch ein reines Fussballstadion: Die Stadtzürcher Stimmberechtigten haben zum Hardturmstadion mit 59,1 Prozent der Stimmen Ja gesagt. Sie stimmten mit 82'083 zu 56'744 Stimmen Ja zum Gestaltungsplan.

Aufatmen bei den beiden Stadtzürcher Fussballclubs FC Zürich und Grasshopper Club: Ihr gemeinsames Fussballstadion auf dem Areal des früheren Hardturm-Stadions kann gebaut werden.

Die Stadiongegner wollen sich aber noch nicht ganz geschlagen geben. «Ob das heute an der Urne angenommene Bauprojekt gebaut werden kann, bleibt fraglich», schreibt die IG Freiräume in einer Stellungnahme zum Abstimmungsergebnis. Es sei unklar, ob das Projekt den geltenden Lärmvorschriften

und der veränderten Gerichtspraxis genüge. Es ist also gut möglich, dass die IG nun auf dem Rechtsweg gegen das Stadion kämpft.

Appell an die Stadiongegner

Bei den beiden Fussballclubs hingegen herrschte nach dem Abstimmungserfolg Optimismus: GC appellierte in einer Mitteilung an die Fairness der unterlegenen Gegner, dem Projekt nun nicht weitere Steine in den Weg zu legen.

«Hoherfreut über das Abstimmungsergebnis möchte ich mich an dieser Stelle herzlich beim Stimmvolk für die erneute Unterstützung bedanken», wird FCZ-Präsident Ancillo Canepa in einer Mitteilung zitiert. Es war bereits das vierte Mal, dass die Zürcherinnen und Zürcher über das Stadion abstimmen mussten.

Entlastung für Gemeinden

Gemeinden und Städte mit besonders hohen Sozialkosten sollen entlastet werden. Das Zusatzleistungsgesetz für die Neuverteilung der Sozialkosten wurde mit 299'174 Ja gegen 184'783 Nein ange-

nommen. Damit müssen die Gemeinden künftig nur noch 30 Prozent der Zusatzleistungen für AHV- und IV-Bezügerinnen und -Bezüger zahlen. Der Hauptteil von 70 Prozent stammt neu von Kanton und Bund. Bisher mussten die Gemeinden 56 Prozent der Zusatzleistungen zahlen.

Mehr Geld erhalten die Gemeinden künftig auch für den Unterhalt der Gemeindestrassen. Für die Änderung des Strassengesetzes stimmten 264'113 Zürcherinnen und Zürcher, dagegen waren 214'083. Die Stimmbeteiligung betrug 54,9 Prozent.

Damit werden künftig mindestens 20 Prozent der jährlichen Einlage für den kantonalen Strassenfonds an die Gemeinden fliessen. Dies entspricht einem Betrag von rund 85 Millionen Franken pro Jahr.

Bisher mussten Gemeinden und Städte die Unterhaltsarbeiten grösstenteils selber bezahlen. Ziel der Änderung ist es, die Gemeinden zu entlasten. Bürgerliche Parteien ergriffen das Referendum gegen den Kantonsratsentscheid. Sie kritisierten, dass dadurch der Strassenfonds geplündert würde. (sda)

40 Millionen für Frauenfelder Regierungs-Ergänzungsbau

FRAUENFELD/BERN. Das Regierungsgebäude in Frauenfeld erhält einen Ergänzungsbau. Das Thurgauer Stimmvolk hat am Sonntag für das Vorhaben einen Kredit von rund 40 Millionen Franken gesprochen. Rund 300 bestehende Arbeitsplätze der kantonalen Verwaltung sollen im Neubau untergebracht werden.

Die Vorlage wurde mit 46'352 zu 38'862 Stimmen angenommen. Die Stimmbeteiligung betrug 51,9 Prozent. In Frauenfeld sind rund 1600 Arbeitsplätze der kantonalen Verwaltung auf 43 Standorte verteilt. Mehr als die Hälfte ist in Mietobjekten untergebracht. Das Regierungsgebäude ist das einzige grössere Bürogebäude im Eigentum des Kantons.

Nach der Zustimmung des Volkes kann auf dem kantonseigenen Land hinter dem Regierungsgebäude ein Ergänzungsbau mit 300 Arbeitsplätzen für 39,8 Millionen Franken realisiert werden. Entstehen soll ein viergeschossiger urbaner Holzbau mit Tiefgarage. Mit dem Neubau sollen jährlich Mieten von rund 630'000 Franken gespart werden. Auch im Parlament war der Erweite-

rungsbau unbestritten. Der Neubau könnte ab Herbst 2021 gebaut und im Frühjahr 2024 bezugsbereit sein.

Stadt Bern sagt vier Mal Ja

In den vier städtischen Volksabstimmungen von Bern sagte das Stimmvolk jeweils deutlich Ja: Angenommen wurden die Offenlegung der Finanzierung von politischen Parteien und Kampagnen: Teilrevision des Reglements über die politischen Rechte angenommen mit 88,35%, der Baukredit für die Wohnüberbauung Reichenbachstrasse 118 mit 77,31%, der Baukredit für den Neubau der Heilpädagogischen Schule Bern mit 89,46% sowie der Baukredit für die Sanierung des Freibads Weyeremannshaus und die Erstellung Wasseraufbereitung mit 92,91%.

Nein sagte hingegen der Kanton Aargau zum umstrittenen Energiegesetz, wenn auch sehr knapp. Das Gesetz sah vor, den CO₂-Ausstoss der Gebäude zu reduzieren. Die SVP und der kantonale Hauseigentümergebieterverband lehnten das Energiegesetz ab. Es sei «teuer, entmündigend und ungerecht». Die Linken unterstützten das Gesetz ohne Begeisterung. (sda)